WOCHENRÜCKBLICK

Aktuelle Videos

Einblicke Plenarwoche

Bürgerdialog Dessau

Rückblick Plenarwoche, Mittwoch 5.11.

Bundestagspräsidentin Julia Klöckner hat am Mittwoch vor einer Gefahr für die parlamentarische Demokratie durch Angriffe auf Volksvertreter gewarnt.Klöckner verurteilte Gewalt, Drohungen und Einschüchterungsversuche auf Politikerinnen und Politiker als Angriffe auf die demokratische Kultur. Konkret bezog sich die Parlamentspräsidentin auf einen Angriff auf den Abgeordneten Dr. Bernd Baumann.

Die Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend Karin Prien (CDU) hat bessere Bildung, starke Familien und resiliente Demokratie als Leitbild ihres Ministeriums bezeichnet. In der Befragung der Bundesregierung sagte die Ministerin, damit werde der Grundstein für ein starkes, innovatives und demokratisches Deutschland gelegt.
Stephan Brandner dazu: „Sie verantworten ja das Förderprogramm „Demokratie leben!"Es ist ein Förderprogramm mit einem Volumen von ungefähr 200 Millionen Euro im Jahr für ganz bunten, linken Kulturkampf. Die Organisationen, die dadurch gefördert werden, bekämpfen steuergeldfinanziert deutschlandweit konservative Meinungen, inzwischen auch die CDU, wie im Nachgang zu der „Stadtbild"-Debatte auf den Straßen zu erleben war. Meine Frage ist: Warum fördern Sie solchen Unsinn und auch solche linksextremistischen Strukturen in Deutschland?

Im Anschluss an die Regierungsbefragung folgte die Fragestunde.Hier zeigte Stephan Brandner (AfD), wie man im Parlament miteinander umgehen kann. „Es ist ja schön, wenn ich Lob bei Ihnen ernte und wenn ich Sie fast sprachlos mache mit meinen Fragen. Dafür ist ja eine Fragestunde auch da, dass man der Regierung auch ein bisschen eine Bühne bietet, dass sie sich produzieren kann und Gutes von sich geben kann. Also, das hat ja wunderbar hingehauen.(Lachen der Parl. Staatssekretärin Dr. Silke Launert)– Ja, das muss auch mal sein, finde ich. Man muss ja nicht immer aufeinander eindreschen. Man muss auch mal ein bisschen nett zueinander sein."

In einer von der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde mit dem Titel „Auswirkungen des Verhältnisses der AfD zu Russland auf Deutschlands Sicherheitsinteressen – Kein Patriotismus, sondern mögliche Gefährdung unserer Sicherheit" wies Stephan Brandner in seiner leidenschaftlichen Rede alle Vorwürfe zurück und zeigte die intensiven Kontakte der anderen Parteien zu Russland auf. Brandner: „ Also: Ball flach halten. Machen Sie einfach bessere Politik! Hören Sie auf, die Alternative für Deutschland mit Dreck zu bewerfen! Das bringt Ihnen nichts, auch mit Blick auf Ihre Umfrageergebnisse nicht."

Rückblick Plenarwoche, Donnerstag 6.11.

Der Bundestag hat am Donnerstag, den Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke „zur besseren Bekämpfung überhöhter Mieten" abgelehnt.In seiner Rede sagte Stephan Brandner: „ Am Donnerstagnachmittag gibt es mal wieder linkes Klassenkampfgetöse, Hass und Hetze gegen Vermieter. Das war Ihre Politik in der Deutschen Demokratischen Republik und die Politik setzen Sie hier fort. Wir können solchen rot-braunen Enteignungs-, Zerstörungs- und Entrechtungsfantasien natürlich nicht zustimmen."

Die AfD-Fraktion ist mit zwei steuerpolitischen Anträgen gescheitert. Der Bundestag hat zwei Anträge mit den Titeln „Programm für Deutschland – Ein neuer Weg für die Ertragsteuern- Grundlegende Steuerreform zur Entlastung von Familien, Mittelstand und Unternehmen" und „Familien entlasten – Das Ehegattensplitting zu einer umfassenden Familienförderung umbauen" abgelehnt. Jörn König (AfD) kritisierte zu Beginn seiner Rede, dass die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland etwa 50 Prozent betrage.

Die umstrittene „Stadtbild"-Äußerung von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat auch im Bundestag zu einer scharfen Kontroverse über die deutsche Migrationspolitik und die innere Sicherheit geführt. Die Abgeordneten debattierten dazu in einer von der AfD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde mit dem Titel „Innere Sicherheit erhöhen, konsequent zurückführen und deutsche Leitkultur stärken – Konkrete Maßnahmen für ein besseres Stadtbild". Zu deren Beginn hielt Dr. Bernd Baumann (AfD) dem Kanzler vor, dass er vor 25 Jahren eine „deutsche Leitkultur" gefordert und zuletzt im Wahlkampf eine „komplette Migrationswende" versprochen habe, doch danach jeweils „gar nichts" gekommen sei.

Die AfD-Fraktion will „sämtliche Aufnahmeprogramme für Afghanen nach Deutschland beenden". Einen so betitelten Antrag hat der Bundestag auf Empfehlung des Innenausschusses abgelehnt.

Rückblick Plenarwoche, Freitag 7.11.

Um Impulse für private Investitionen zu setzen und unnötige Bürokratiekosten abzubauen, hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf „zur Förderung privater Investitionen und des Finanzstandorts" am Freitag in den Bundestag eingebracht.
Das Gesetz komme zu spät kritisierte Kay Gottschalk für die AfD-Fraktion. Im laufenden Jahr sei mit 22.000 Firmeninsolvenzen zu rechnen, hielt er der Bundesregierung vor. 250.000 Industriearbeitsplätze seien „futsch".

Bei einer Vereinbarten Debatte waren sich alle Fraktionen einig: Die Vereinten Nationen (UN) sind nach wie vor ein wichtiger Akteur. Dennoch gab es scharfe Kritik an der oftmals handlungsunfähigen Rolle der Organisation. Beatrix von Storch (AfD) kritisierte, dass der Großteil der UN-Mitglieder autoritäre Regime, korrupte Staaten und Entwicklungsländer seien. „Wenn der Kongo, Venezuela und der Iran Resolutionen verabschieden, nach denen sich dann Deutschland, Schweden und die Schweiz richten sollen, dann hat das mit Demokratie gar nichts zu tun", sagte die AfD-Politikerin. Problematisch sei zudem die Finanzierung der Vereinten Nationen. Deutschland zahle fünf Milliarden Euro jährlich an die Organisation, „vier Milliarden davon jährlich freiwillig, dazu sind wir gar nicht verpflichtet". Und obwohl Deutschland zweitgrößter Beitragszahler sei, reiche dies trotzdem nicht für einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat.

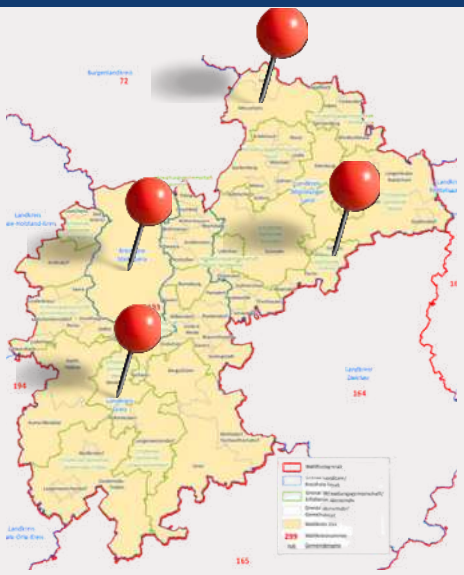
„180-Grad-Wende bei Windindustrie und Photovoltaik einleiten" lautet der Titel eines Antrags der AfD-Fraktion, den der Bundestag erstmals debattiert hat. Jedes neue Windrad und jede neue Photovoltaikanlage mache das Stromnetz instabiler und den Strom teurer. Um zu verhindern, dass das Stromnetz zusammenbreche, müsse überschüssiger Strom tagsüber gegen Gebühr ins Ausland abgegeben und nachts teuer wieder zugekauft werden. Das habe im vergangenen Jahr vier Milliarden Euro gekostet.

Unsere nächsten Termine

Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
📞 Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
📠 Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉️ kontakt@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
📞 Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉️ goessnitz@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
✉️ meuselwitz@brandner-im-bundestag.de
Neu! 🕒 **Geöffnet: Di. 10-17 Uhr**

📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉️ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1. Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

www.facebook.com/stBrandner
www.instagram.com/stephanbrandner
www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
t.me/StephanBrandnerMdB
www.tiktok.com/@brandner_afd
https://twitter.com/BrandnerSt